

# Transfer, die europäische Zeitschrift für Arbeit und Forschung



Band 14, Nummer 3, Herbst 2008  
Open issue

### Hauptbeiträge:

**Sozialpakta, Tarifverhandlungen und Strategien zur Vernetzung gewerkschaftlicher Organisationsebenen:** Oscar Molina zeigt, dass die Beteiligung der Gewerkschaften an Sozialpakten dann besonders erfolgreich war, wenn diese durch Vernetzungsstrategien begleitet wurden, die die Teilnahme der einfachen Gewerkschaftsmitglieder an der Beschlussfassung und die Gewerkschaftsvertretung auf Unternehmensebene verstärkt haben.

**Sicherheit als Kern des europäischen Sozialpaktes – Vorschläge für ein ausgewogeneres Flexicurity-Konzept:** Pascale Vielle und Jean-Michel Bonvin plädieren für einen europäischen Sozialpakt, der die Sicherheit in den Mittelpunkt des Flexicurity-Konzepts stellt. Sie schlagen vor, die konventionellen Systeme der sozialen Sicherheit durch die Entwicklung der Dienstleistungen von allgemeinem Interesse und von Strategien zur Zeit- und Raumgestaltung zu ergänzen.

**Überdehnung der Solidarität? Ansichten der Gewerkschaften zum europäischen Wirtschafts- und Sozialmodell aus nationaler Perspektive:** Marius R. Busemeyer, Christian Kellermann, Alexander Petring und Andrej Stuchlik berichten über mehr als 100 Gespräche mit Gewerkschaftsführern und Politikern, die zu ihren Positionen zum europäischen Sozialmodell befragt wurden. Sie gelangen zu dem Schluss, dass die für die Realisierung des „sozialen“ Europas notwendige grenzübergreifende Zusammenarbeit erst dann möglich sein wird, wenn die Gewerkschaften anerkennen, dass sie in den nationalen Systemen der Wohlfahrtsstaaten verankert sind, und dies zur Grundlage ihrer Überlegungen machen.

**Zum Defizit an Europäischen Betriebsräten in deutschen multinationalen Unternehmen:** Michael Whittall, Stefan Licking und Rainer Trinczek untersuchen Probleme, die sich bei der Einrichtung europäischer Betriebsräte in deutschen multinationalen Unternehmen stellen. Ausgehend von den Ergebnissen ihrer Analyse werden Vorschläge für die Revision der Richtlinie formuliert.

**Stellenanzeigen und persönliche Netzwerke: zwei spezifische Wege für die Arbeitssuche auf dem spanischen Arbeitsmarkt.** Géraldine Rieucou stützt sich auf eine Arbeitskräftebefragung, um Kanäle der Arbeitssuche auf dem spanischen Arbeitsmarkt zu untersuchen. Die wichtigsten Ergebnisse dieser Befragung beziehen sich auf die Profile der Arbeitnehmer: Stellenanzeigen können höchst selektiv sein, während soziale Netzwerke diejenigen ausschließen, die nur wenige Beziehungen auf dem Arbeitsmarkt haben, aber Arbeitssuchenden zugute kommen können, die keine berufliche Qualifikation oder Erfahrung haben.

**Koordinatoren dieser Ausgabe:** Jean-Yves Boutin und Kevin O'Kelly

**Preis:** 16 € pro Ausgabe; 54 € Jahresabonnement (vier Ausgaben); ab 2009: 17 € / 60 C.\* Das Jahresabonnement beinhaltet auch den elektronischen Zugang. Versandkosten und Banküberweisungsgebühren nicht inbegriffen. 35 % Preisnachlass bei Bestellung von mindestens zehn Ausgaben.

| Bestellschein   |   |
|---|---|
| Bitte zurücksenden an: ETUI-REHS, Research Department<br>Boulevard du Roi Albert II, 5 Box 4 B-1210 Brussels.<br><a href="mailto:kverriev@etui-rehs.org">kverriev@etui-rehs.org</a> ; <a href="http://www.etui-rehs.org/research">www.etui-rehs.org/research</a><br>Fax: +32 2 224 05 02 - Tel: +32 2 224 04 70 |   |
|    |   |
| Nachname/Vorname:   | <input type="checkbox"/> Ich zahle (bitte Zutreffendes ankreuzen)<br><input type="checkbox"/> auf Rechnung <input type="checkbox"/> mit Kreditkarte     |
| Organisation:   | <input type="checkbox"/> Meine Kreditkarte<br><input type="checkbox"/> American Express <input type="checkbox"/> Visa <input type="checkbox"/> Eurocard |
| Anschrift einschließlich Postleitzahl:  | Kartenummer   |
|   | Gültig bis  |
| Tel./Fax:   | Name des Karteninhabers   |
| E-Mail:   | Datum und Unterschrift des Karteninhabers   |
| Anzahl:   | Preis:  |
| Insgesamt*:   |   |
| €   |   |

Das ETUI-REHS erhält finanzielle Förderung von der Europäischen Gemeinschaft. Die Europäische Gemeinschaft ist nicht verantwortlich für jegliche weitere Nutzung der Informationen dieser Publikation.

Tobias ten Brink

## 60 Jahre NATO. Zur Gegenwart der Geopolitik

Der Georgien-Konflikt im August 2008, der Einsatz von Streubomben auf beiden Seiten, die Kaltblütigkeit, mit der Politiker über das Schicksal von Bevölkerungen verfügen, werfen ein Schlaglicht auf ein neues Zeitalter der Geopolitik. Nachdem in den deutschen Medien bereits ausreichende Beweise für den imperialistischen Charakter der russischen Außenpolitik geliefert wurden, soll im Folgenden die Rolle des wichtigsten westlichen Militärbündnisses in der neuen Weltordnung beleuchtet werden.

### Die NATO in einem neuartigen Kontext

Nach dem Ende des Kalten Krieges bildeten die westlichen Industrienationen, sicherheitspolitisch im NATO-Bündnis unter Führung der USA organisiert, das alleinige Machtzentrum des globalen Kapitalismus. Die NATO-Staaten proklamierten, die „neue Weltordnung“ solle einen kooperativen Charakter tragen. Dieses Versprechen schien durch fallende Rüstungsausgaben bestätigt. Spätestens die Kosovo-Intervention 1999 und der Beginn des „Kriegs gegen den Terror“ ab 2001 machten ersichtlich, dass von den Staaten der westlichen „Staatengemeinschaft“ ein modifizierter außenpolitischer Kurs eingeschlagen worden war. „Postmoderne“ Sicherheitspolitik bedeutete nun wieder, auf das Mittel der militärischen Intervention zurückzugreifen. Grenzte es in den Vereinigten Staaten noch zur Zeit des Golfkriegs 1991 an Häresie, die Nation als eine imperiale Macht zu bezeichnen, so wurde verstärkt nach 2001 von konservativer Seite in einem durchaus positiven Sinn auf die Rolle Amerikas als „Imperium“ Bezug genommen – dessen Last darin bestand, die freiheitlich-demokratische Ordnung in der Welt durchzusetzen. In der EU reflektierte sich der Drang zu einer modifizierten Außenpolitik unter anderem in der Herausbildung einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Die im Kalten Krieg gebildete NATO wurde einer neuen Weltlage angepasst, die sich in das Gegenteil eines harmonischen „globalen Dorfs“ und eines „demokratischen Friedens“ verkehrte. Weltweite Integrationstendenzen wurden durch weltwirtschaftliche und geopolitische Rivalitäten konterkariert. Einige der als akut und/oder potentiell erachteten Konfliktquellen werden im Fol-

genden kurz genannt, da diese gewissermaßen den Hintergrund der NATO-Aktivitäten der letzten Jahre bilden:

- Die Existenz „instabiler“ Regionen vom Nahen Osten bis Zentralasien, in welche die starken Staaten vordringen, um Ordnung qua Gewaltanwendung zu garantieren, die aber zuweilen auch indirekte Konflikte des Ringens um Macht zwischen den stärksten Staaten der Erde ausdrücken. Energiepolitische Interessen werden in diesem Zusammenhang in den Kontext der Außen- und Sicherheitspolitik gestellt. Schätzungen zufolge betragen die Kosten der militärischen Sicherung der Energieimporte in den USA etwa ein Drittel der gesamten amerikanischen Militärausgaben. Der deutsche Verteidigungsminister Franz-Josef Jung argumentiert, dass „Energiesicherheit ein strategisches Thema geworden“ ist (Varwick 2008).
- Die Realität aufsteigender bzw. wieder erholter Staaten (China und Russland), die nach geoökonomischer und geopolitischer Machterweiterung streben und hierbei nicht immer westlichen Vorgaben folgen. Der Trend zu einer Rezentrierung der Weltwirtschaft in Ostasien als sozio-ökonomische Verschiebung von historischer Tragweite beunruhigt westliche Politiker. Die Entwicklungsstrategien Chinas stellen relativ stabile globale Kräfteverhältnisse und abgesteckte Interessenssphären „alter“ Großmächte in Frage und bergen damit mittelfristig eine Reihe von Konkurrenz- und möglicherweise folgenreicher Konfliktverhältnisse in sich. Einige Autoren sehen diesen Prozess als eine „hidden agenda“ hinter der hegemonialen Krise Washingtons. Vordenker einer offensiven westlichen Weltordnungspolitik sprechen in diesem Zusammenhang von einer folgenreichen globalen Spaltung zwischen dem „Club der Autokraten und der Achse der Demokratie“ (Robert Kagan).
- Die Heraufkunft verschärfter ökonomischer Konkurrenz, die sich als politisch vermittelter „Standortwettbewerb“ sowie in Auseinandersetzungen in internationalen politischen Institutionen niederschlägt. Stichworte sind das erhöhte Wachstum einiger Schwellenländer bei gleichzeitig stagnativer Entwicklung im Norden oder die „Krise der WTO“. Die aktuelle Krise führt möglicherweise zu einer weiteren Machtverschiebung – von den USA und Europa nach China, Indien und Russland sowie in die arabischen Golfstaaten.

Aus dem Zusammenspiel zwischen weltwirtschaftlichen Dynamiken, geopolitischen Machtstrategien sowie weiteren inter-gesellschaftlichen Prozessen geht kein glatter, sondern ein durch viele Akteure konflikthaft strukturierter Raum hervor, der nicht-intendierte Formen des gewaltförmigen Handelns befördert. Letzteres drückt nicht einfach „archaische Rückschläge“ aus, sondern resultiert

aus den gegenwärtigen global-kapitalistischen Herrschafts-, Abhängigkeits- und Unterdrückungsverhältnissen (vgl. ten Brink 2008).

Immer wieder werden gegenwärtig sicherheitspolitische Interessen von Einzelstaaten komplementär mit anderen Einzelstaaten formuliert und durchgesetzt. Mitunter münden globale Konkurrenzverhältnisse aber auch in zwischenstaatlichen Konflikten. Das reicht von den Auseinandersetzungen in den Arenen der inter- und teilweise supranationalen politischen Institutionen, über handels- und währungspolitische Konflikte sowie bestimmten, „weichen“ geopolitischen Maßnahmen wie Sanktionen bis hin zu „harten“ geopolitischen Handlungen und Konfrontationen.

Zur Verteidigung, Befestigung und/oder Steigerung ihrer Macht genauso wie zur Unterstützung des Managements der internationalen öffentlichen Sphären bedienen sich die größten westlichen Staaten wieder verstärkt der *Geopolitik*. Dabei geht es um den Versuch der Kontrolle von und die Einflussnahme in Räumen auch und gerade dann, wenn keine direkte territoriale Kontrolle über diese vorliegt. Der US-amerikanische Staat verfügt über einzigartige geopolitische Machtkapazitäten. Es ist nicht allein als überhöhter Ausdruck einer „Ausnahmestellung“ zu begreifen, wenn amerikanische Machteliten das Ziel eines übergreifenden „Imperiums“ formulieren, in dem der „Hegemon“ gewissermaßen über die Befehlsgewalt verfügt. Doch dies ist nur ein Teil des Gesamtbilds. Die Umsetzung der Ziele gelingt nämlich nur partiell – im „alten“ Europa schlechter als im „neuen“, in Japan besser als in China, in Indien besser als in Russland, in Lateinamerika schlechter als in Südostasien, im Nahen und Mittleren Osten schlechter als in Zentralasien. Der Versuch der Bildung eines weltumspannenden Imperiums, der mit der hegemonialen Kontrolle anderer „Vasallenstaaten“ einhergeht, sowie die Strategie offener Märkte, stoßen auf Widerstände. Welche Rolle spielt in diesem Zusammenhang die NATO?

### Die NATO als globale Ordnungsmacht

Der offiziell formulierte Leitgedanke der NATO ist es, eine global einsatzfähige Interventionsmacht zu werden (vgl. NATO 2004). Der NATO-Gipfel in Bukarest vom 2.-4. April 2008 „hob die Entschlossenheit des Bündnisses hervor, mit der internationalen Gemeinschaft eng zusammenzuarbeiten, um den Sicherheitsherausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden, und auch ihren einzigartigen Beitrag, Sicherheit und Stabilität in einem sich schnell wandelnden strategischen Umfeld zu befördern“ (NATO 2008: 1).

Im Gegensatz zum territorialen Sicherheitsverständnis des Ost-West-Konfliktes erfordert Sicherheitspolitik im „Zeitalter globaler Bedrohungen“ in erster Linie eine Politik des aktiven Handelns ohne geografische Beschränkungen. In Regionen vom Nahen Osten bis Zentralasien versuchen die NATO-Staaten die gesellschaftlichen Verhältnisse in ihrem Sinne zu garantieren – auch wenn dies

wie in Saudi-Arabien die Unterstützung diktatorischer Regime bedeutet. Zur Erreichung ihrer Ziele des „Stabilitätsexports“, der Schaffung von „Sicherheit“ und „Ordnung“ sowie der „Terrorismusbekämpfung“ wird auf das Mittel der Drohung und des Einsatzes von Gewalt gesetzt. Um dies zu erreichen, muss die NATO ihre Philosophie von der „kollektiven Verteidigung“ auf die „kollektive Sicherheit“ umstellen. Die Erreichung der Ziele zeitigt zugleich Probleme, wie Karl Kaiser, ein Vordenker der deutschen Außenpolitik, feststellt: „In der neuen NATO sind [...] praktisch alle Operationen – von ‚Robust Peace Keeping‘ und Aufbaumaßnahmen in krisengeschüttelten Ländern bis zu Kampfeinsätzen selbst – mit realen Risiken für das Leben von Soldaten und erheblichen materiellen Kosten verbunden. Das ist für zahlreiche Gesellschaften eine neue Lage, denn viele, unter ihnen Deutschland, haben keine Tradition militärischer Interventionen und somit keine gewachsene Akzeptanz damit verbundener Verluste, wie beispielsweise die USA oder Frankreich. Eine innenpolitische Legitimierung der neuen Sicherheitspolitik erfordert deshalb von der politischen Klasse die Weisheit und den Mut, der eigenen Gesellschaft klar zu machen, dass ihre eigene Sicherheit vom Einsatz ihrer Soldaten und Ressourcen in fernen Ländern abhängt. Dies ist nötig und auch möglich“ (Kaiser 2008: 23).

Um genug innenpolitische Legitimation für die Anwendung geopolitischer Mittel – von Sanktionen über die Androhung militärischer Gewalt oder die Zurschaustellung militärischer Kapazitäten bis hin zu ihrem Einsatz – anzuhäufen, wird auf „positive“ Wirkungen und „gefährvolle“ Konsequenzen rekurriert: Positiv wird im Rahmen des Konzepts des „Nation-Building“ auf die stabilitäts- und ordnungsfördernden Effekte westlicher Interventionen hingewiesen. Ergänzt wird dies um den Anspruch, eine enge Abstimmung zwischen den militärischen und zivilen Akteuren in einem Krisengebiet zu gewährleisten („vernetzte Sicherheit“). Zugleich wird unter Berufung auf eine reaktive Verteidigungssituation, die Gefahr einer Ausbreitung des Krisenherdes etc. die dringende Notwendigkeit des Handelns angemahnt. Die Nichteinmischung erscheint für gewöhnlich als unangemessen.

### Gewaltspirale

Die Strategien der neuen NATO stellen den Versuch des transatlantischen Bündnisses dar, die Welt in ihrem Sinne zu ordnen. Der offensive Charakter der NATO verdeutlicht potentiellen Konkurrenten, dass niemand am Westen vorbeikommt, der international um Mitspracherecht und Einfluss bemüht ist. Faktisch treiben die mächtigsten Akteure im Konkurrenzgetriebe des globalen Kapitalismus damit eine Rüstungs- und Gewaltspirale voran.

Von den weltweiten „Verteidigungsausgaben“ von 1204 Mrd. US-Dollar im Jahre 2006, entfielen etwa zwei Drittel auf die NATO-Mitgliedsstaaten, wobei die USA von diesen ca. 800 Mrd. Dollar mit 528 Mrd. Dollar den weitaus

größten Teil verausgabten. In einer Welt, in der die militärische Stärke als „diskrete Hintergrundinformation“ gilt – wie es in wissenschaftlichen Diskursen etwas verharmlosend bezeichnet wird – und über das Machtpotential von Staaten bzw. Staatenbündnissen sowie die globalen Kräfteverhältnisse informiert, setzen die in den letzten Jahren steigenden Verteidigungsausgaben eine weltweite Rüstungsspirale in Gang. Die Militarisierung der Außenpolitik, die Umwandlung der nationalen Streitkräfte in „Schnelle Eingreiftruppen“ und global operierende Interventionsarmeen treiben eine riskante Entwicklung in der internationalen Politik voran. Die Tragödie der unter Besatzung stehenden afghanischen Gesellschaft versinnbildlicht ferner, dass die Politik der NATO-Staaten ihren selbst gesteckten Zielen nicht gerecht wird. „Sicherheit“ und „Entwicklung“ sind in weite Ferne gerückt.

In einem Strategiepapier zur Erneuerung des „Strategischen Konzepts“ der NATO wird von hochrangigen Militärs für den atomaren Präventivschlag im Falle einer Eskalation des Konflikts mit dem Iran votiert. Unter Verweis auf die mögliche weitere Verbreitung von Atomwaffen argumentieren die Autoren: „Nuklearwaffen sind die ultimativen Instrumente einer asymmetrischen Antwort – und im selben Augenblick das ultimative Werkzeug der Eskalation. [...] Bedauerlicherweise sind Nuklearwaffen – und damit die Option des Erstschlags – unentbehrlich, weil es keine realistische Aussicht auf eine atomwaffenfreie Welt gibt. [...] Zusammengefasst bleiben Nuklearwaffen unentbehrlich und die nukleare Eskalation Bestandteil einer jeden modernen Strategie“ (Naumann et al. 2007: 95f.). Die groteske Logik dahinter lautet: Verhindere mit dem Ersteinsatz von Atomwaffen die Verbreitung von Atomwaffen.

Die Militärinterventionen des 21. Jahrhunderts haben den Krieg in die Normalität zurückgeholt. Was erst einmal wie eine Hegung des „alten“ Krieges erschien, erweist sich als Rückgewinnung militärischer Optionen, die in der Zeit des Ost-West-Konflikts verstellt waren. Selbst Erwägungen über Entwicklungspolitik werden wie selbstverständlich nur noch im Zusammenhang mit „zivil-militärischen“ Besatzungskonzepten diskutiert. Die völkerrechtliche Sanktionierung von Angriffskriegen, etwa im Rahmen der Jugoslawienintervention 1999 oder des Irakkriegs 2003, lässt die Gewaltanwendung als legitimes Mittel der Außenpolitik erscheinen.

All dies erleichtert zudem die Entwicklung von Militärstrategien anderer Großmächte wie Russland und hat die Bildung einer regionalen politischen Institution angeregt, die bereits als Gegen-NATO bezeichnet wird: Die 2001 gegründete Shanghai Cooperation Organization. Diese von China und Russland geführte Organisation zentralasiatischer Staaten dient der erweiterten Einflussnahme in Asien. Im Hinblick auf den „Eurasian Continental Rim“ sind die Konkurrenzen um Einfluss- und Interessenssphären zwischen den USA, europäischen Staaten sowie China und Russland bereits virulent. Der sich von Osteuropa über den Kaukasus bis nach Zentralasien erstreckende Staatengürtel

befindet sich seit der Auflösung der Sowjetunion in einem Prozess der geopolitischen Restrukturierung. Bis 1991 waren 14 der heutigen Staaten Republiken der Sowjetunion. Um den Einfluss in diesem „Schwarzen Loch“ (Zbigniew Brzezinski) ringen seitdem die Großmächte. Beim Krieg zwischen dem künftigen NATO-Mitgliedstaat Georgien und Russland um Südossetien und Abchasien handelte es sich nicht nur um einen lokalen Konflikt – es ging auch um das internationale Kräfteverhältnis („neue Stellvertreterkriege“).

### Grenzen der westlichen Vorherrschaft

Die letzten Jahre haben illustriert, dass die globale Vorherrschaft des Westens weniger stabil als noch in den 1990ern ist. De facto stellen sich die ausgeklügelten außenpolitischen Strategien der NATO als ein mehr oder minder effektives Krisenmanagement dar. Geopolitisch muss sich der Westen behaupten – deshalb wird Afghanistan auch von ausgewiesenen Sicherheitsexperten als „der“ Testfall für die NATO bezeichnet. Die mögliche Niederlage des stärksten Militärbündnisses der Welt gegen guerillaartige Verbände in einem bitterarmen Land lassen Vergleiche mit dem Vietnamkrieg und Ängste vor einer ernststen Krise der NATO laut werden.

Das NATO-Bündnis ist aber auch hinsichtlich seiner inneren Spannungen gefährdet. Konkurrenz und Konflikt konstituieren das globale System gewissermaßen – und machen vor den Mitgliedstaaten der NATO nicht halt. Die westlichen Machteliten sind sich mehr oder wenig einig darin, die Herstellung von weltweiter Ordnung und einer gelingenden Kapitalakkumulation auch mittels Gewalt herzustellen, streiten aber untereinander um die Rangordnung in der Herstellung dieser Ordnung sowie über unterschiedliche Strategien zur Erreichung derselben. Nach ihrer schweren Krise vor und während des Irakkrieges 2003 zeigt sich die NATO zwar äußerlich wieder erholt. Ein näherer Blick auf die Organisation lässt dagegen die folgende Annahme realistischer wirken: Die Annäherung ist zum Teil taktischen Entscheidungen der Protagonisten geschuldet, aufgrund ihrer eigenen Motive Trennendes zurückzustellen und Verbindendes zu akzentuieren.

Eine NATO-Mitgliedschaft bedeutet die Pflicht zur Konsultation über den Informationsaustausch hinaus. Ziel sind gemeinsame Handlungen der Bündnispartner. Während des Ost-West-Konfliktes hat man dieses Ideal in den vertraglichen Bestimmungen der NATO festgelegt. Faktisch wurde dieses multilaterale Prinzip im Falle von „Out-of-area“-Fragen zwar bereits damals einige Male umgangen – so spielte die amerikanische Intervention in Vietnam innerhalb der NATO kaum eine Rolle, weil die Mitwirkung aller Partner in diesem Fall aus Sicht der USA nicht so wichtig war (Dembinski 2005: 5). Gegenwärtig stellt sich für jede amerikanische Regierung die Frage, ob die NATO oder eine „Koalition der Willigen“ vorzuziehen sei, noch mehr.

Während des Kalten Krieges profitierten die starken Staaten Europas von der Hegemonie der USA. Niemals kam es zu bestandsbedrohenden Krisen der „transatlantischen Gemeinschaft“. Die freundschaftlichen Beziehungen intensivierten sich sogar im Laufe der Zeit. In dieser Weise drückte sich ein innerwestliches Strukturmuster des Zeitraums zwischen 1945 und 1989 aus: die Eindämmung der westlichen Staatenkonflikte vor dem Hintergrund des diese Konflikte überlagernden Ost-West-Gegensatzes. Eine materielle Basis dieser Übereinkunft war der lange Wirtschaftsaufschwung nach 1945, dessen Ende in den 1970ern nicht in schwere Krisen vergleichbar mit denen der 1930er mündete, was weiterhin die institutionalisierte Bearbeitung der innerwestlichen Konkurrenzverhältnisse zuließ.

Nach 1989 entstand ein neuer Rahmen für die transatlantischen Beziehungen. Faktisch hatte das westliche Bündnis mit der Kapitulation der UdSSR seine als selbstverständlich angenommenen geopolitischen Existenzgrundlagen erst einmal verloren. Eine neue „gemeinsame Bedrohung“, die die Bildung einer dauerhaften strategischen Einheit erfordern und garantieren würde, trat nicht an die Stelle der alten. Der „internationale Terrorismus“ hat noch nicht die Wirkmacht der (auf einer „gefährlicheren“ materiellen Basis, d.h. einer hochgerüsteten Großmacht, beruhenden) „kommunistischen Bedrohung“ erreicht. Deutschland und Frankreich und die von ihnen angeführte EU pendeln in dieser Konstellation zwischen der Unterordnung unter den Schutzschirm der Vereinigten Staaten und der Bildung unabhängiger Institutionen auf der europäischen Ebene zur Entfaltung eigener geopolitischer Ambitionen. Die vor 1989 etablierte asymmetrische Interdependenz, die zur Einbindung von strategischen Projekten der deutschen und (etwas weniger) der französischen Machteliten in diejenigen der amerikanischen führte, droht sich in eine konfliktreichere Beziehung zu verwandeln.

Die Krise der NATO im Jahr 2003 hat dieser veränderten weltpolitischen Situation einen Ausdruck verliehen. Gegenwärtig verlaufen die NATO-internen Auseinandersetzungen unter anderem entlang der Fragen des Umgangs mit der Krise in Afghanistan, der künftigen Struktur des Bündnisses, der Geschwindigkeit und Reichweite der NATO-Osterweiterung sowie der Raketenabwehr. Die Frage des Verhältnisses der NATO zur EU und des Grades der Eigenständigkeit des EU-Militärs stellt sich nur „vordergründig als bürokratisches Gerangel um eine pragmatische Zusammenarbeit der beiden Institutionen dar“ – es ist „im Kern ein Machtkampf zwischen europäischer Selbstbehauptung und amerikanischer Dominanz, der wohl nie völlig aufgelöst werden kann“ (Rühle 2008: 9). Europäische Vorschläge zur Erneuerung der NATO als einer Dachorganisation, getragen von einer amerikanischen und einer europäischen Säule, werden in Washington als Affront wahrgenommen. Das imperial ausgerichtete Programm der Vereinigten Staaten definiert Ansprüche an die „Alliierten“ – etwa den deutlichen Vorrang der NATO und deren Erweiterung auch zur eu-

ropäischen Sicherheitsorganisation, die Entwicklung einer europäischen Verteidigungspolitik im Rahmen der NATO, die Angleichung der Bedrohungswahrnehmungen und der hieraus resultierenden Schritte –, die nicht ohne weiteres umgesetzt werden.

Untersuchungen, die Konkurrenzverhältnisse und Konflikte im transatlantischen Verhältnis auf vier Ebenen herausgearbeitet haben – Interessen, Interdependenz, Institutionen und Identitäten – bestätigen die Tiefe der Auseinandersetzungen: „Was gemeinsame politische Interessen und die Bedrohungswahrnehmung angeht [...], ist das transatlantische Verhältnis in einer Krise. Hinsichtlich der gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeit gibt es dagegen keine Krise, aber die wirtschaftlichen Bindungen sind schwächer als herkömmliches Wissen annimmt und, was noch wichtiger ist, kaum in der Lage, das politische Verhältnis zu kitten, wenn dieses nicht richtig funktioniert. Der institutionelle Rahmen der transatlantischen Gemeinschaft bietet ein gemischtes Bild. Als politische Institution steckt die NATO in der Krise, andere Bestandteile des institutionellen Apparates sind jedoch nach wie vor intakt, einschließlich der militärischen Einheit der NATO [...]. Zusammengefasst steht die Gemeinschaft zwar nicht unmittelbar vor einem Zusammenbruch, doch sind die gemeinsamen Identitäten und Werte unter der Oberfläche brüchiger als oft angenommen. [...] Insgesamt stützt eine Bilanzierung des bisherigen Krisenverlaufs nicht die Behauptung einer irreparabel geschädigten Gemeinschaft. [...] Eher erscheint eine unter der Oberfläche andauernde, fortschwellende Krise. Zukünftig könnte jeder ernste Anlass dazu führen, dass sich die latente Krise zur offenen, manifesten Krise auswächst, was dann die atlantische Ordnung irreparabel schädigen könnte“ (Risse 2006: 18).

Dass die militärische Funktionsfähigkeit der NATO erhalten bleibt, ist nicht nur auf ihre institutionelle Beharrungstendenz zurückzuführen. Die Organisation stellt sich nicht nur aus Sicht der USA als ein Apparat dar, dessen Nützlichkeit fallweise ermittelt wird. Weiterhin sind die Einsätze von NATO-„Stabilisierungstruppen“ in Afghanistan oder auf dem Balkan, die NATO-Osterweiterung sowie eine expansive Bündnispolitik über die territorialen Grenzen der NATO-Mitglieder hinaus (im Kaukasus und in Zentralasien etwa im Rahmen der „Partnership for Peace“, im Süden im „Mittelmeerdialog“) bei der systematischen Einflussnahme auf auswärtige Staaten in einem Rahmen hilfreich, wie sie von den NATO-Staaten als Gewinn interpretiert werden. Insofern bleiben die USA, aber auch Deutschland und Frankreich, an der NATO weiter interessiert (vgl. Theiler 2003). Auf der einen Seite wird sie als Instrument einkalkuliert, mit dem die europäischen Staaten auf eine Bündnispolitik festgelegt werden, die weitgehend amerikanischen Bedingungen folgt, auf der anderen Seite als eine Ordnungsmacht verstanden, mit der (vor dem Hintergrund fehlender weltpolitischer Durchsetzungskraft Europas) eben auch „europäische“ Interessen zu einem gewissen Grad gesichert werden können.

Die gemeinsam durchgeführte Militärintervention gegen Jugoslawien 1999 war ein Ausdruck jener Interessenkomplementarität von europäischen Staaten und den USA, die im Grunde jedoch auf gegensätzlichen Zielsetzungen beruhte. Während die EU die amerikanische Armee benötigte, um den Balkan kontrollieren zu können, lag den Vereinigten Staaten an einem erfolgreichen Beispiel, um sich (ähnlich wie bereits in Bosnien) als der einzig qualifizierte Sicherheitsgarant Europas darzustellen und behaupten zu können.

Gegenwärtig scheint es, als sei den meisten Beteiligten klar, dass die Eskalationsgefahr, die aus den nächsten Etappen des „Kriegs gegen den Terror“ erwachsen kann, beträchtlich ist – was darin zum Ausdruck kommt, dass beide Seiten signalisieren, dass sie eine geopolitische Konfrontation, also die Aufkündigung des Bündnisses, verhindern wollen.

### Eine Wende mit Obama?

Ende 2008 steht Barack Obama weltweit für die Hoffnung auf eine friedlichere Außenpolitik. Doch auch er wird im Rahmen eines Weltsystems regieren müssen, das zunehmend von erheblichen Verwerfungen, zwischenstaatlichen Konflikten und Gewalt dominiert ist. Obama argumentiert (bislang) für eine Außenpolitik, die mehr als sein Vorgänger Bush auf die „multilaterale“ Absprache setzt. Daher wird die NATO in den nächsten Jahren womöglich eine noch wichtigere Rolle im globalen Spiel um Macht und Einfluss erhalten.

Obamas bündnisorientierte Vorstellungen haben Tradition. Durch die beiden großen Parteien des politischen Systems der USA hindurch wurde das gesamte 20. Jahrhundert über die richtige außenpolitische Taktik gestritten. Der immer wieder auf den „Multilateralismus“ Bezug nehmende amerikanische Liberalismus agierte dabei als national orientierter „Internationalismus“, der nie, wie konservative Kräfte kritisieren, einfach nur einem idealistischen Politikansatz Rechnung trug, sondern immer auch geopolitische Ambitionen durchzusetzen suchte. Auch unter den Liberalen Wilson, Roosevelt oder Clinton wurden imperiale Ziele angestrebt. Das Desaster im Irak, ein weltweit angeschlagenes Ansehen und die aufgebrachte Öffentlichkeit drängen derzeit dazu, das Ruder wieder in eine stärker multilaterale Richtung zu reißen. Bereits Bush hat in seiner zweiten Amtsperiode auf diesen Druck reagieren müssen.<sup>1</sup>

Der Wunsch nach einer westlichen Hegemonie wird von der Realität der geo-

1 De facto basieren die Außenbeziehungen zwischen den stärksten Staaten auf einem komplexen Ineinandergreifen uni- und multilateraler Politikformen. Auch die Clinton-Regierung übergab die UNO und ergriff einseitig Maßnahmen, wenn sie es für notwendig hielt. Ihre Betonung multilateraler Weltpolitik war in Wirklichkeit ein *instrumenteller* Multilateralismus, der nach der Maßgabe erfolgte, mit der Zustimmung und Unterstützung anderer Länder zu handeln, wenn es als sinnvoll erachtet wurde – zugleich sich aber die Möglichkeit vorzubehalten, alleine zu handeln, wenn dies als zweckmäßig angesehen wurde. Uni- und Multilateralismus schließen einander nicht aus.

politischen Machtrivalitäten im internationalen Staatensystem, der Instabilität der Weltwirtschaft und weiterer inter-gesellschaftlicher Konflikte untergraben. Ein neues Zeitalter der Geopolitik bzw. des Imperialismus droht sich Bahn zu brechen. Die NATO hat einen gewichtigen Anteil daran. Insofern erscheint es fraglich, ob eine Wende zu mehr Multilateralismus wenigstens das Ausmaß der Gewalt reduzieren kann. In einem Aufsatz für die renommierte Zeitschrift *Foreign Affairs* informiert Obama: „Ich werde nicht zögern, Gewalt einzusetzen, wenn notwendig auch unilateral, um das amerikanische Volk oder unsere grundlegenden Interessen zu schützen [...]. Wir müssen auch erwägen, militärische Macht unter Umständen einzusetzen, die über die Selbstverteidigung hinausgehen, um für die gemeinsame Sicherheit zu sorgen, die die globale Stabilität untermauert“ (Obama 2007). In einer Stellungnahme während des Georgien-Kriegs im August 2008 sprach sich Obama für eine beschleunigte Aufnahme Georgiens in die NATO aus – und goss damit Öl ins Feuer. Sein außenpolitischer Berater Zbigniew Brzezinski, ein Altmeister der Geopolitik, erläutert einen der zentralen Gründe für eine offensive anti-russische Haltung: „Georgien garantiert uns den Zugang zum Erdöl und demnächst auch zum Erdgas in Aserbaidschan, im Kaspischen Meer und in Zentralasien. Es ist deshalb für uns von enormer geostrategischer Bedeutung“ (zit. nach: Halimi 2008). Zwar votiert Obama für einen allmählichen Truppenabzug aus dem Irak (stellt dies allerdings unter den Vorbehalt der Expertise seiner Militärs), fördert aber im nächsten Satz eine Verstärkung der Truppenpräsenz in Afghanistan. Seine auffallend herausfordernden Erklärungen gegenüber Pakistan und Iran – die Entschlossenheit, Al Qaida auch ohne Konsultation der pakistanischen Regierung auf deren Hoheitsgebiet zu verfolgen sowie die Warnung, das iranische Atomprogramm um „jeden Preis“, d.h. auch präventiv verhindern zu wollen – verweisen darauf, dass er keine grundsätzliche Wende in der Außenpolitik anstrebt. Weder die neue amerikanische Regierung noch ihre europäischen Gegenstücke werden auf absehbare Zeit zentrale außenpolitische Weichen verstellen. Grund genug für soziale Bewegungen und linke Parteien, sich dem Zug der Militarisierung entgegenzustellen.

## Literatur

- Dembinsky, Matthias (2005): Eine Zukunft für die NATO?, in: *HSPK-Standpunkte*, 6/2005, [http://www.priif.org/fileadmin/downloads/Standpunkte-6-2005\\_Bildschirm-auflesung.pdf](http://www.priif.org/fileadmin/downloads/Standpunkte-6-2005_Bildschirm-auflesung.pdf) (Zugriff am 9.7.08)
- Halimi, Serge (2008): In der Falle, in: *Le Monde Diplomatique*, 9/2008.
- Kaiser, Karl (2008): Die NATO ist nötiger denn je ... weil nur sie den Rahmen für multilaterale Einsätze bieten kann, in: *Internationale Politik*, 63. Jg., 3/2008, 20-24.
- Nato - Public Diplomacy Division (Hg.) (2004): *Die neue Nato*, Brüssel.
- Nato - Public Diplomacy Division (Hg.) (2008): *Nato after Bucharest*, Brüssel.
- Naumann, Klaus; Shalikhvili, John; Lord, Inge; Lanxade, Jacques; van den Breemen, Henk (2008): *Towards a Grand Strategy for an Uncertain World: Renewing Transatlantic Partnership*,

- [http://www.worldsecuritynetwork.com/documents/3eproefgrandstrat\(b\).pdf](http://www.worldsecuritynetwork.com/documents/3eproefgrandstrat(b).pdf) (Zugriff am 9.7.08).
- Obama, Barack (2007): Renewing American Leadership, in: *Foreign Affairs*, 7/8-2007, <http://www.foreignaffairs.org/20070701faessay86401/barack-obama/renewing-american-leadership.htm> (Zugriff am 9.7.08).
- Risse, Thomas (2006): The End of the West? Conclusions, in: Anderson, Jeffrey; Ikenberry, John G.; Risse, Thomas (Hg.) (i.E.): *The End of the West? Exploring the Deep Structure of the Transatlantic*, [http://www.atasp.de/downloads/conclusions\\_tr.pdf](http://www.atasp.de/downloads/conclusions_tr.pdf) (Zugriff am 6.9.06).
- Rühle, Michael (2008): Der steinige Weg ins globale Zeitalter. In Bukarest muss die NATO die Weichen für das 21. Jahrhundert stellen, in: *Internationale Politik*, 63. Jg., 3/2008, 6-15.
- ten Brink, Tobias (2008): *Geopolitik. Geschichte und Gegenwart kapitalistischer Staatenkonkurrenz*, Münster.
- Theiler, Olaf (2003): *Die NATO im Umbruch. Bündnisreform im Spannungsfeld konkurrierender Nationalinteressen*, Baden-Baden.
- Varwick, Johannes (2008): Die militärische Sicherung von Energie. Kann sich die NATO neue strategische Aufgabenfelder erschließen?, in: *Internationale Politik*, 63. Jg., 3/2008, 50-55.